

Österreich, die Europäische Union, Israel und die USA

Persönliche Bemerkungen eines Engagierten

VON WOLFGANG PETRITSCH

Mein Zugang zu diesem Thema ist in dreifacher Hinsicht emotional vorbelastet: Als langjähriger enger Mitarbeiter Bruno Kreiskys konnte ich von seinen Ansichten in der Nahostfrage nicht unbeeinflusst bleiben.

Als jemand, der in Los Angeles studiert und über acht Jahre in New York gelebt und gearbeitet hat, ist mir jeder Antiamerikanismus völlig fremd.

Schließlich ist mir als historisch und moralisch sensibilisiertem Menschen der Staat Israel und die Pflege der österreichischen Beziehungen mit Israel ein besonderes Herzensanliegen. Umso mehr habe ich es bedauert, daß es mir 1997 nicht vergönnt war, als österreichischer Botschafter auf meinen Wunschposten Tel Aviv zu gehen.

Diese drei „Vorbelastungen“, die einander teilweise zuwiderlaufen, ja einander konterkarieren, zu entwirren und auf einen gemeinsamen politischen Nenner zu bringen ist nicht einfach.

Aber es ist vielleicht eine gute Übung, denn in der Politik, und ganz besonders in der Außenpolitik, haben wir es immer mit verschiedenen, einander oft widersprechenden Faktoren und Einflüssen zu tun.

Bei der Festlegung der eigenen Position lasse ich mich von zwei einfachen Grundsätzen leiten: den Interessen eines demokratischen und weltoffenen Österreichs und der moralischen Verpflichtung, für gerechte Lösungen einzutreten.

Auch auf die Gefahr hin, der „furchtbaren Vereinfachung“ beschuldigt zu werden, versuche ich, die komplexen Fragen, die diesem breiten Thema inhärent sind, auf den Punkt zu bringen: Für mich gibt es eine aus der Geschichte begründete Verpflichtung Österreichs, für die Existenz des Staates Israels in sicheren und anerkannten Grenzen einzutreten. Daß dies jetzt auch alle arabischen Staaten grundsätzlich zu akzeptieren bereit sind – wie der vom Gipfeltreffen der Arabischen Liga im März in Beirut beschlossene Friedensplan zeigt –, erfüllt mich mit Befriedigung. Unsere tiefe Sympathie für Israel kann aber nicht bedeuten, daß wir kritiklos Exzesse der gegenwärtigen israelischen Regierung und ihres Premiers hinnehmen. Vor allem dann nicht, wenn sie dem ureigenen israelischen Interesse zuwiderlaufen: Die langfristige Existenz Israels ist nur in einem befriedeten Nahen Osten gewährleistet. Der Schlüssel zur Befriedung dieser Region – und das hat Bruno Kreisky als erster westlicher Staatsmann aktiv vertreten – liegt in der Lösung der Palästinenserfrage. Und dieses

Problem kann nicht durch forcierte Siedlungspolitik, nicht durch weitere Vertreibungen, nicht durch Demolierungen, nicht durch „extra judicial killings“ gelöst werden, sondern nur durch Verhandlungen, sozusagen auf dem Königsweg zum friedlichen Kompromiß.

Wer gegen das Leid eines Volkes ist, muß gegen das Leid und die Ungerechtigkeiten eines jeden Volkes sein. Man darf sich nicht den zweifelhaften Luxus leisten, Völker auszusuchen, mit denen man sympathisiert, sondern muß jedem Volk Gerechtigkeit widerfahren lassen. Auch das palästinensische Volk hat das Recht auf einen eigenen, lebensfähigen Staat – aber auch das ist inzwischen allgemein anerkannt.

Damit aber haben sich die Voraussetzungen für eine friedliche Lösung dieses tragischen Konflikts entscheidend gewandelt.

Natürlich müssen auch die Palästinenser und ihre Führung in die Pflicht genommen werden. Wenn die Palästinenser in ihrer – begreiflichen – Verzweiflung über ihre Lage zu terroristischen Methoden Zuflucht nehmen, ist dies ohne Wenn und Aber zu verurteilen. Mord und Terror sind durch nichts zu rechtfertigen.

Was unsere eigenen Möglichkeiten anbelangt, was Österreichs Rolle im Nahen Osten betrifft, müssen wir realistisch sein. Aus innenpolitischer Profilierungssucht hektische, aber sinnlose (Reise-)Aktivitäten zu entfalten ist ebenso falsch, wie sich der Illusion hinzugeben, Österreich allein könne etwas bewirken. Die Zeiten, als dies noch Sinn gemacht hat – und diese Gelegenheit wurde von Bruno Kreisky auf kongeniale Weise genutzt –, sind vorbei; Österreich ist Mitglied der EU, und nur als solches kann es zur Lösung beitragen.

Die diplomatischen Möglichkeiten Österreichs, sich gerade in der Nahostfrage als kompetenter Partner im Rahmen der EU gezielt für eine umfassende Friedenspolitik einzusetzen, konnten in den vergangenen Jahren bedauerlicherweise nicht wahrgenommen werden. Dazu waren ganz einfach die innenpolitischen Voraussetzungen nicht gegeben. Wir müssen daher nach einem Regierungswechsel vermehrt auf eine aktive, vermittelnde Außenpolitik der EU hinarbeiten. Gerade der Nahe Osten veranschaulicht aufs blutigste die Notwendigkeit friedlicher und fairer Konfliktlösungen. Um damit Erfolg zu haben, brauchen wir gleichgesinnte Verbündete, und die gibt es in Europa, in Nord-

amerika und in Nahost – wir haben uns nur aktiver den wirklichen Herausforderungen zu stellen.

Gerade jetzt würde ein stärkeres politisches Engagement Europas in der mittelöstlichen Krisenregion besonders geschätzt werden, wo die Rolle der USA nicht als unparteiisch oder als selbstlos eingeschätzt wird. Der Nahe Osten sehnt sich geradezu nach einem stärkeren Beitrag Europas. Meinen Freund Javier Solana gelegentlich in die Region zu entsenden, wie es die EU-Außenminister zuletzt Anfang Oktober gemacht haben, ist einfach zu wenig. Andererseits meine ich, daß sich dem europäischen Engagement im Rahmen des „Quartetts“ – UNO, USA, Rußland, EU – neue Möglichkeiten bieten.

Zur Absicherung Israels gilt es, mittelfristig gesehen, die Beziehungen Europas zur arabischen Welt zu stärken. Es gibt zwar seit Jahren den sogenannten Barcelona-Prozeß, die euro-mediterrane Partnerschaft. Sie umfaßt aber eben nur einige arabische Staaten und ist, weil zu technokratisch, in der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt geblieben.

Eine euro-arabische Partnerschaft könnte gerade in bezug auf den momentan heißesten Konflikt, nämlich jenen mit dem Irak, von Bedeutung werden, freilich erst nach Klärung der Situation.

Ich trete für eine Lösung dieses Problems auf der Basis des Völkerrechts und der Beschlüsse des UNO-Sicherheitsrates ein. Das heißt zunächst, daß der Irak mit den Waffeninspektoren der UNO ohne jedwede Einschränkungen und Behinderungen voll zusammenarbeiten und die Zerstörung der vom Sicherheitsrat verbotenen Waffen und Produktionsanlagen zu ermöglichen hat.

Es obliegt dem Sicherheitsrat, im Falle eines neuerlichen Zuwiderhandelns des Iraks Konsequenzen zu beschließen, das heißt, wie schon 1990, Staaten zur Ergreifung von Zwangsmaßnahmen zu ermächtigen. Die USA wären gut beraten, wenn sie weiter diesen Weg beschreiten würden – den Weg der internationalen Legalität, der internationalen Legitimität, den nur Beschlüsse des Sicherheitsrates gewährleisten können. Das ist keine juristische Paragraphenreiterei, sondern ein Gebot der politischen Vernunft. Weit über die arabische Welt hinaus besteht die Sorge vor einem einseitigen Vorgehen gegenüber dem Irak und seinen dramatischen Folgen für den gesamten Raum, Israel eingeschlossen.

Über den konkreten Anlaßfall hinaus müssen wir die Aufmerksamkeit der internationalen Akteure auf die strukturellen Veränderungen lenken, die seit 1989, besonders seit dem 11. September 2001, das kollektive Sicherheitssystem der UNO betreffen.

Ich meine, daß die Zeit für eine Initiative in den Vereinten Nationen gekommen ist, um den rechtlichen Rahmen für Interventionen präziser abzustecken. Seit dem Westfälischen Frieden von 1648, der den Dreißigjährigen Krieg beendete, gibt es das Prinzip der staatlichen Souveränität. Die Satzung der Vereinten Nationen hat dieses Prinzip 1945 bekräftigt. Die jüngsten Vorkommnisse in eini-

gen afrikanischen Staaten und im früheren Jugoslawien haben dazu geführt, daß humanitäre Interventionen notwendig wurden, um weiteres Leid der Zivilbevölkerung hintanzuhalten. Ein erwünschter Regimewechsel als Ziel einer Intervention ist jedoch eine andere Sache. Es wäre den Versuch wert, hier zu einem breiten internationalen Konsens zu kommen. Ich meine, daß es Europa gut anstünde, wenn es etwa die kanadische Initiative im Rahmen der Vereinten Nationen unterstützen könnte, die auf eine Neubewertung von Souveränität bei internen Konflikten hinausläuft. „The Responsibility to Protect“ – so der Titel der von Kanada gesponserten Studie eminenter internationaler Persönlichkeiten – formuliert erstmals in der modernen Staatengeschichte die Verantwortung des souveränen Staates für seine Bürger. Wenn ein Staat jedoch nicht imstande oder nicht willens ist, seine Bürger zu schützen, so die Autoren, dann könnte gemäß präzise definierter Regeln die Staatengemeinschaft zu einer Intervention zugunsten der bedrohten Gruppe ermächtigt werden.

Ein innovativer Ansatz, der unsere Aufmerksamkeit verdient. Dieses Beispiel kreativen Nachdenkens über neue Entwicklungen im konfliktreichen Zusammenleben der Staaten zeigt, daß Gefahren wie im Mittleren Osten, aber auch im Kaukasus und in Zentralasien, als Herausforderung für uns alle zu begreifen sind und daß es Lösungen gibt, geben muß.

Ich fühle mich, wie eingangs erwähnt, den USA auf Grund meiner langjährigen beruflichen und persönlichen Beziehungen besonders verbunden. Als „Le Monde“ nach den furchtbaren Terroranschlägen vom 11. September schrieb „Wir sind jetzt alle Amerikaner“ drückte die Zeitung aus, was ich und wohl die meisten von uns fühlten. Ein Jahr später laufen die USA Gefahr, dieses Kapital an Sympathie, an Unterstützung zu verlieren. Legitime Aktionen gegen den Terrorismus dürfen nicht zu Überreaktionen verleiten. Um es an zwei Buchtiteln zu illustrieren: Zwischen „Bound to Lead“ von Joseph S. Nye und einer „Imperial Temptation“ von Tucker/Hendrickson liegen Welten. Das werden unsere amerikanischen Freunde beherzigen müssen – viele tun es bereits.



Wolfgang Petritsch,

geboren 1947 in Klagenfurt, Dr. phil., war unter anderem von 1977 bis 1983 Pressesprecher von Bundeskanzler Bruno Kreisky, von 1997 bis 1999 Botschafter Österreichs in der Teilrepublik Jugoslawien, seit 1999 Hoher Repräsentant der Internationalen Staatengemeinschaft in Bosnien und Herzegowina und ist jetzt österreichischer Vertreter bei den Vereinten Nationen und der WTO in Genf. Publikationen: „Bosnien und Herzegowina. Fünf Jahre nach Dayton. Hat der Friede

eine Chance?“ (2000), „Kosovo. Mythen. Daten. Fakten“ (1999) sowie „Bruno Kreisky. Ein biographischer Essay“ (2000).